

**II-3287 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

B M
W F

GZ 10.001/67-Par1/91

14821AB

1991 -09- 09

zu 1419/J

MINORITENPLATZ 5
A-1014 WIEN
TELEFON
(0222) 531 20-0
DVR 0000-175

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

Wien, 5. September 1991

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1419/J-NR/91,
betreffend Auslandsförderungen des Bundesministeriums für
Wissenschaft und Forschung, die die Abgeordneten Mag.
Dr. Heide SCHMIDT und Genossen am 9. Juli 1991 an mich
richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. "Nach welchen Kriterien wurden die Förderungsschwerpunkte
der Länder Mittel- und Osteuropas (soweit diese keine
Nachbarstaaten sind) ausgewählt?"

Antwort:

Polen, Rumänien und Bulgarien wurden in die Schwerpunktzone
einbezogen, da diese Länder auch als begünstigte Länder im
Rahmen des EG-Programmes TEMPUS teilnehmen können. Die
Ukraine wurde ausgewählt, da dieser Teil der UdSSR durch
Moskau erfahrungsgemäß benachteiligt wird, und da seitens
Österreichs ein Nahverhältnis zu diesem Teil der Sowjetunion
besteht und die räumliche Entfernung nicht allzu groß ist.
Daher ist auch seitens des Bundesministeriums für auswärtige
Angelegenheiten die Absicht bekundet worden, in Kiew ein
Generalkonsulat zu eröffnen.

- 2 -

2. "Warum umschließt der Förderungsschwerpunkt nicht die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen?"

Antwort:

Die baltischen Teilrepubliken wurden nicht einbezogen, da sonst eine zu große Ausdehnung der Schwerpunktzone stattgefunden hätte, und daher die Hilfe nicht mehr wirklich konzentriert wäre. Außerdem müßte dann die Schwerpunktzone auch auf andere Teilrepubliken, wie zum Beispiel Moldawien und Weißrußland, ausgedehnt werden.

3. "Österreich hat zwar bis heute keine Generalkonsulate in den Hauptstädten der baltischen Republiken Tallin, Riga und Wilna eingerichtet, dafür jedoch eines in Krakau, und dieses (unter Bruch aller dienstrechtlichen Usancen) mit einem ehemaligen Sekretär Ihres Amtsvorgängers Dr. Tuppy besetzt, der Ihnen nahestehen dürfte (da er immerhin als Koautor einer Mitteleuropapublikation von Ihnen aufscheint).

- a) Können Sie offenlegen, wie hoch die Aufwendungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für den Schwerpunkt "Südpolen" im Jahr 1990 sowie 1991 sind?
- b) Warum glauben Sie, daß diese Mittel dort besser angewendet sind als in den für ihre Freiheit kämpfenden baltischen Republiken?"

Antwort:

- a) Für 1990 waren die Aufwendungen für Polen im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung öS 12,114.500,--. Eine Differenzierung ist erst im Jahre 1991, und auch nur eingeschränkt, möglich.

- 3 -

Für Stipendien wurden für den südpolnischen Raum für Sommer 1991 und für das Studienjahr 1991/92 öS 2.000.000,--, für das übrige Polen öS 4.000.000,-- zur Verfügung gestellt. Es sind im Studienjahr 1990/91 fünf Deutschlehrer an Deutschlehrerkollegs in Polen tätig gewesen, davon zwei im südpolnischen Raum.

- b) Die Mittel für Polen wurden deswegen in zwei "Tranchen" gegliedert, da das ÖGK Krakau in kulturellen Belangen für den südpolnischen Raum zuständig ist (Vergleiche die Situation in der CSFR, wo es einen eigenen Bereich für das ÖGK Preßburg gibt). Daher ist von einer Überbetonung des südpolnischen Raumes nicht zu sprechen. Es ist auch kein Vergleich zwischen "Südpolen" und dem baltischen Raum zu ziehen, sondern es wird erneut auf Punkt 2 der Anfrage verwiesen.

4. "Warum gibt es keinen Förderungsschwerpunkt für die neuen Bundesländer auf dem Staatsgebiet der ehemaligen DDR, obwohl seitens der dortigen Universitäten sowohl Interesse an Österreich herrscht, als auch eine gut eingespielte Kooperation mit Österreich vorhanden war?"

- a) Warum behandeln Sie die neuen Bundesländer am Staatsgebiet der ehemaligen DDR jetzt, da sie Bestandteil eines demokratischen Staates geworden sind, schlechter, als zu Zeiten des realsozialistischen Regimes?

Antwort:

Die neuen Bundesländer der BRD kommen nun in den Genuß der umfassenden, einseitigen Förderungsmaßnahmen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sowie der Forschungs- und Bildungsprogramme der Europäischen Gemeinschaft.

- 4 -

Bestehende Universitätskooperationen werden weiterhin wie bisher gefördert. Auch stehen diesen - im Gegensatz zu den Staaten der Schwerpunktzone - Devisen zur Verfügung.

- a) Die neuen Bundesländer der BRD werden nicht schlechter als vorher behandelt. Vielmehr bieten die oben beschriebenen Möglichkeiten Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR viel mehr Möglichkeiten als vorher.

Der Bundesminister:

